

Zwei Klassen im Alter – Renten versus Pensionen

Zum Leitartikel “Immer auf die armen Beamten“ (TV, 16.Mai.2025) von Werner Kohlhoff

mit großem Interesse habe ich den Kommentar von Herrn Kohlhoff gelesen. Endlich spricht jemand aus, was viele Rentnerinnen und Rentner seit Jahren empfinden: In der politischen Debatte werden sie nicht nur als reiner Kostenfaktor behandelt, sondern auch systematisch gegenüber Pensionär:innen benachteiligt.

Während die gesetzliche Rente ein solidarisches Umlagesystem ist, in das Arbeitnehmer:innen jahrzehntelang einzahlen, basiert die Pension auf einem steuerfinanzierten System – ohne dass Beamte:innen je eigene Beiträge leisten. Das Ergebnis: Rentner:innen erhalten im Schnitt nur etwa 48 % ihres letzten Netto-Einkommens, während Pensionär:innen mit rund 70 % versorgt werden. Hinzu kommt die staatliche Beihilfe zur Krankenversicherung – ein Privileg, von dem gesetzlich Versicherte Rentner:innen nur träumen können.

Besonders kritisch sehe ich den massiven Zugriff des Staates auf die Rentenkasse: Milliarden werden jährlich für sogenannte versicherungsfremde Leistungen verwendet – darunter Kindererziehungszeiten, Leistungen für Aussiedler oder die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben wie die Wiedervereinigung. Laut Wirtschaftswoche beläuft sich diese Zweckentfremdung seit 1957 auf fast eine Billion Euro. Diese Mittel fehlen heute den Rentner:innen, obwohl sie eigentlich durch Steuern und nicht durch Beitragszahler:innen finanziert werden müssten.

Die oft behauptete Notwendigkeit staatlicher Zuschüsse zur Rentenkasse ist daher irreführend – ein großer Teil dieser Mittel kompensiert lediglich politische Fehlentwicklungen der Vergangenheit.

Ich begrüße den Vorschlag von Arbeitsministerin Bärbel Bas, die Versorgungssysteme schrittweise anzugleichen. Es wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit – denn derzeit herrscht ein Zwei-Klassen-System, das nicht nur finanziell, sondern auch gesellschaftlich spaltet.

Wenn Politik weiterhin zulässt, dass sich die Unterschiede zwischen Renten und Pensionen derart vertiefen, gefährdet sie nicht nur das Vertrauen in den Sozialstaat, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ursula Krause
Trier